

Antrag 84/II/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Abschiebungen nach Afghanistan stoppen**

1 Nach dem Anschlag in Solingen hat die SPD geführte Bun-
 2 desregierung unter Beteiligung von 11 Bundesländer, dar-
 3 unter Berlin, 28 Straftäter nach Afghanistan abgeschoben.
 4 Im Grundgesetz ist ein Asylrecht verankert, die Gen-
 5 fer Flüchtlingskonvention hat Deutschland unterschrie-
 6 ben. Nach beiden kann Afghanistan nicht als sicheres Her-
 7 kunftsland anerkannt werden, daher ist es nicht erlaubt
 8 Menschen dorthin abzuschicken, das gilt auch für Straftä-
 9 ter*innen. Das hat auch einen guten Grund, auch Straftä-
 10 ter*innen drohen in Ländern wie Afghanistan Verfolgung
 11 oder sogar der Tod, in der Bundesrepublik Deutschland
 12 gibt es allerdings seit 1949 keine Todesstrafe mehr, eine
 13 Abschiebung nach Afghanistan kommt dieser aber gleich
 14 und ist daher nicht hinnehmbar.
 15 Auch islamistische Täter dürfen nicht in Staaten wie Af-
 16 ghanistan abgeschoben werden, ihnen droht dort zwar
 17 sehr wahrscheinlich nicht der Tod, viel eher würden diese
 18 für ihre Gewalttaten belohnt werden, dies wäre insbeson-
 19 dere für die Angehörigen der Opfer solcher Anschläge eine
 20 besondere Grausamkeit. Die Täter haben in Deutschland
 21 eine Straftat begangen, sollten also auch nach deutschem
 22 Recht verurteilt und bestraft werden, die Verantwortung
 23 dafür trägt der deutsche Staat und darf sich davor auch
 24 durch Abschiebungen nicht drücken.
 25 Ebenso darf das Umgehen der Genfer Flüchtlingskonven-
 26 tion durch Abschiebung in Nachbarländer von nicht siche-
 27 ren Herkunftsländern, damit diese die Leute dann weiter-
 28 leiten, keine Option sein.

29

30 **Prävention** **statt** **Repressi-**
 31 **on**

32 Um Anschläge zu verhindern braucht es sicherlich auch
 33 gute Polizeiarbeit, aber anstatt erst einzugreifen und et-
 34 was zu tun, wenn die Menschen schon fanatisch sind,
 35 sollte vorher etwas getan werden, um solchen Fanatis-
 36 mus zu verhindern. Dazu braucht es Aufklärungsarbeit
 37 an Schulen, in Flüchtlingsunterkünften, etc. Das Gute ist,
 38 dass überhaupt nur die wenigsten Straftäter*innen IS-
 39 Attentäter sind. Die allermeisten verüben Straftaten aus
 40 Frust und Verzweiflung, nicht aus Überzeugung. Die Prä-
 41 ventionsarbeit für solche Leute ist viel einfacher zu leis-
 42 ten und auch kostengünstiger als deren potentielle Ge-
 43 richtsverfahren und Gefängnisaufenthalte zu finanzieren.
 44 Es braucht lediglich eine richtige Integrationsarbeit. An
 45 Schulen braucht es dafür Psycholog*innen und geschul-
 46 tetes Personal, um mit den Kindern in ihrer Mutterspra-
 47 che reden zu können und die Lehrkräfte zu unterstützen.

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt bei Annahme 86/II/2024 (Konsens)**

48 Flüchtlinge brauchen niedrigschwellige und umfangreiche
49 Therapieangebote, sie haben fast alle traumatische
50 Gewalt-Erfahrungen gemacht. Sie brauchen Menschen-
51 würdige Unterkünfte und einen niedrigschwelligen Zu-
52 gang zu Arbeit, die meisten Flüchtlinge wollen arbeiten.
53 Dadurch können sie unabhängig vom Staat werden und
54 schnell mit anderen Menschen in Kontakt kommen und
55 so z.B. schneller die deutsche Sprache lernen. Wenn ihnen
56 ein menschenwürdiges Dasein auf Augenhöhe der übrigen
57 Menschen in Deutschland ermöglicht wird, dann werden
58 die Menschen auch nicht zur Umgehung des Arbeits-
59 verbotes und anderer repressive Lebenseinschränkungen
60 Straftaten begehen. Der deutsche Staat und damit die Po-
61 litiker*innen sind verantwortlich dies zu ermöglichen, den
62 übrigen Bürger*innen zu vermitteln und die gesellschaft-
63 lichen Gräben zu schließen.

64 **Wir fordern daher:**

- 65 • Ein sofortiges stoppen der Abschiebungen insge-
66 samt, auch nach Afghanistan
- 67 • Das Unterlassen jeglicher Abschiebungen in nicht
68 sichere Herkunftsländer und deren Nachbarländer,
69 darunter fallen unter anderem auch Syrien, Iran,
70 Irak, Libyen, Pakistan und die Türkei.
- 71 • Eine öffentliche begründete Erklärung der Bundes-
72 regierung, die den Menschen vermittelt, warum es
73 nicht sinnvoll ist nach Afghanistan und andere nicht
74 sichere Herkunftsländer abzuschieben
- 75 • Investitionen in die Präventionsarbeit für Geflüchte-
76 te
- 77 • Leichterem Zugang zu Arbeit
- 78 • Niedrigschwellige Therapie Angebote, auch für min-
79 derjährige Geflüchtete, etwa an Schulen
- 80 • Extra Personal an Schulen, das speziell für den Um-
81 gang mit Geflüchteten geschult ist und deren Mut-
82 tersprachen spricht
- 83 • Menschenwürdige Unterkünfte

84 79